Ein Plädoyer

Demografisch-finanzielle Betrachtung zur Notwendigkeit einer Offensive in der Kinder- und Jugendarbeit

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein gravierendes demografisches Problem: Die Zahl der Geburten liegt heute nur noch bei etwa der Hälfte des Niveaus der Babyboomer-Jahre: Rund 650.000 Geburten stehen heute etwa 1,3 Millionen Geburten im Jahr 1964 gegenüber.

Die Folgen dieser Entwicklung sind in der demografischen Fachwelt ausführlich beschrieben und diskutiert. In der öffentlichen Wahrnehmung sind sie bislang jedoch nur unzureichend angekommen.

Die Politik betrachtet die demografische Entwicklung derzeit vorrangig unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Absicherung der älteren Generation, insbesondere in der Rentendebatte (Zuschuss aus dem Bundeshaushalt 2026: 127,8 Mrd. €). Dass diese Situation zugleich zu wachsender Beunruhigung in der jungen Generation und zu grundlegenden Fragen nach ihren Lebensperspektiven führt, und auch eine der Hauptursachen für zunehmende Probleme in der Mentalen Gesundheit ist, wird zwar wahrgenommen, bislang jedoch kaum in konkrete politische Maßnahmen übersetzt – insbesondere nicht in eine engagierte Kinder- und Jugendpolitik. Die FAZ-Korrespondentin Heike Schmoll hat diese politische Entwicklung in einem bemerkenswerten Kommentar „Die Politik vernachlässigt die Jugend“ scharf kritisiert (FAZ vom 5.6.2026).

Ein Aspekt der demografischen Entwicklung bedürfte dabei besonderer Aufmerksamkeit, wird jedoch weitgehend vernachlässigt:

Die Kinder- und Jugendarmut.

Gerade weil künftig weniger junge Menschen nachwachsen, kann es sich Deutschland gesellschaftlich und wirtschaftlich noch weniger leisten, einen erheblichen Teil dieser Generation durch Armut zurückzulassen.

Doch der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom Mai 2025 stellt lediglich fest: „In Deutschland ist etwa jedes fünfte Kind armutsgefährdet.“ Konkrete Folgerungen daraus sucht man im zuständigen Kapitel des Koalitionsvertrags weitgehend vergeblich – es sei denn, man betrachtet die angekündigte Erhöhung des Kinder- und Jugendplans, dem wichtigsten zentralen Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe des Bundes (Fördersumme 2026 knapp über 260 Mio.), um zehn Prozent als eine solche Konsequenz.

Aber die haushaltspolitische Realität des Jahres 2026 sieht anders aus: Das zuständige Ministerium soll Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro erbringen!

20 Prozent der zwischen 2010 und 2025 geborenen Jahrgänge sind armutsgefährdet, also mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche. Der Gründer der ARCHE, Pfarrer Bernd Siggelkow, spricht sogar von bis zu vier Millionen betroffenen Kindern.

20 Prozent des Geburtsjahrgangs 2025 entsprechen etwa 130.000 Kindern, die Gefahr laufen, mit deutlich eingeschränkten Lebens- und Bildungsperspektiven aufzuwachsen.

20 Prozent der Geburtsjahrgänge 2026 bis 2035 wären rund 1,3 Millionen Kinder, die von Armut oder Armutsgefährdung betroffen sein werden.

Ohne wirksame Unterstützung, eben nicht nur finanzieller Art, besteht die Gefahr, dass viele von ihnen später stärker auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sein werden und sich aufgrund eingeschränkter Bildungs- und Erwerbschancen nicht durch Steuern und Abgaben an der Finanzierung von Staat und Gesellschaft beteiligen können. Dies ist nicht nur beschämend für die Gesellschaft eines der nach wie vor reichsten Länder der Welt. Es stellt zugleich eine ernsthafte Gefahr für die Zukunft unseres Landes dar und wird die bestehenden demografischen und finanziellen Probleme weiter verschärfen.

Bislang ist nicht erkennbar, dass ausgetretene und vielfach erfolglose Wege konsequent verlassen, neue Ansätze erprobt, grundlegende Diskussionen geführt und langfristige Strategien entwickelt werden.

Oder behält Franz Josef Degenhardt recht, der bereits 1965 in seiner bitteren Satire beschrieb, dass wir nicht mit den „Schmuddelkindern“ spielen wollen?

Ein großer Teil der von Kinderarmut betroffenen Familien lebt in prekären Lebenslagen und in sozial benachteiligten Quartieren unserer Städte, vielfach soziale Brennpunkte genannt. Der ehemalige Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, hat schon 2012 mit seinem Buch „Neukölln ist überall“ klare Beschreibungen dazu geliefert. Der Anteil der von Armut betroffenen Kinder in diesem Berliner Bezirk beträgt heute 33,9 %.

Dabei bestehen heute kaum noch ernsthafte Zweifel an dem Zusammenhang zwischen materieller Armut und weiteren Formen von Benachteiligung, insbesondere Bildungsarmut. Der Soziologe Heinz Bude hat bereits vor fast 20 Jahren eindringlich auf diese Entwicklung hingewiesen (Heinz Bude: *Die Ausgeschlossenen*, München 2008).

Kinderarmut und Bildungsarmut sind dabei eng mit der migrationspolitischen Realität unseres Landes verbunden. Kinder und Jugendliche aus Familien mit Einwanderungsgeschichte aus unterschiedlicher ethnischer Herkunft sind überdurchschnittlich häufig von Armut und eingeschränkten Bildungschancen betroffen – nicht aufgrund ihrer Herkunft, sondern weil sich bei vielen Familien soziale, sprachliche, religiöse und rechtliche Probleme überlagern, die z.Z. einen großen Teil der pädagogischen Mitarbeiter – von der Erzieherin bis zum Ausbilder – vielfach überfordern.

Was ist zu tun?

Zunächst muss das Problem in seiner gesamten Tragweite stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Hier sind insbesondere die Medien gefordert. Warum sollte es beispielsweise keine breit angelegte öffentliche Kampagne gegen Kinder- und Jugendarmut geben?

Darüber hinaus müssen Staat und Zivilgesellschaft sowohl finanziell als auch intellektuell investieren. Dabei muss die Rolle der Eltern und Familien in dieser Aufgabe stärker einbezogen werden. Punktuelle oder klein angelegte Spendenaktionen allein werden der Dimension der Herausforderung nicht gerecht, so willkommen sie vor Ort auch sind.

Eine solche Investition würde vielfältige gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Vorteile hervorbringen, also eine win-win-Situation:

- Die Wirtschaft gewinnt zusätzliche Fachkräfte. Im Jahr 2025 verließen beispielsweise rund 64.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss.
- Der Staat gewinnt zusätzliche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, insbesondere im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer.
- Die Zahl der Menschen, die dauerhaft auf Sozialleistungen angewiesen sind, kann sinken. Dadurch entstehen Einsparungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.
- Die Gesellschaft erschließt Begabungsreserven, auf die sie angesichts des demografischen Wandels dringend angewiesen ist.
- Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt. Dadurch kann auch die Anfälligkeit junger Menschen für radikale und extremistische Angebote verringert werden.
- Die Probleme der mentalen Gesundheit in weiten Teilen der Gesellschaft werden reduziert.

Bundesministerin Prien hat seit Beginn ihrer Amtszeit in verschiedenen Reden zu Bildungsfragen darauf hingewiesen, dass Chancengerechtigkeit bereits im Elternhaus beginnt, beispielsweise in ihrer Rede zum Nationalen Bildungsbericht 2026 („Die Bildungsschere tut sich ab der Geburt auf.“).

Eltern tragen nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen Verantwortung für ihre Kinder; Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes verbindet das Elternrecht ausdrücklich mit der Elternpflicht. Gleichzeitig benötigen Eltern selbst Unterstützung, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können.

Es sei vor allem an die Tatsache erinnert, dass i.d.R. Eltern die einzigen sind, die das Kind von Geburt an bis zum Erwachsenen durch alle Entwicklungsphasen begleiten, durch alle Übergänge und über alle Schwellen und Brüche der pädagogischen Institutionen.

In letzter Zeit haben manche Jugendämter und Träger der Kinder- und Jugendarbeit ihre Ansätze deshalb bereits verändert: Kinder- und Jugendarbeit umfasst zunehmend auch Eltern- und Familienarbeit. Umgekehrt muss Eltern- und Familienarbeit immer auch die Situation der Kinder und Jugendlichen berücksichtigen.

Im Kampf gegen Kinderarmut dürfen Eltern daher nicht nur einbezogen werden. Häufig müssen sie selbst zu den ersten Adressaten der Unterstützungsangebote gehören.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass auch Eltern Unterstützung benötigen, erscheint der sozialräumliche Ansatz insbesondere in benachteiligten Quartieren vielversprechend. Entsprechende Ansätze werden bereits an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Formen erprobt.

In einigen Regionen Deutschlands existieren mittlerweile lokale Modelle und Projekte, die erfolgreich unter Einbeziehung von Eltern und Familie gegen Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung arbeiten. Das Wissen über diese Projekte verbleibt jedoch häufig im regionalen Umfeld oder innerhalb einzelner Verbände.

Hier seien nur einige sehr unterschiedliche Projekte genannt:

<u>Im christlichen Bereich</u>

- Die ARCHE mit den Schwerpunkten in Berlin und Hamburg
- Stiftung Lichtblick, München
- Eckstein Sozialdiakonie, Stendal
- Jumpers, Jugend mit Perspektive, an 12 verschiedenen Standorten bundesweit
- Caritas-SkF-Essen
- Christliches Jugenddorfwerk Celle
- Puzzle Kids, Butzbach

<u>Im säkularen Bereich:</u>

- Stiftung Kinderplanet mit JUL, Erfurt/Weimar
- Verein Miteinander leben, Pforzheim/Enzkreis
- Bürgerstiftung Offenburg

Die WERTESTARTER-Stiftung hat versucht, einige erfolgreiche, innovative Projekte aufzunehmen, zu bündeln und einen Antrag beim BMBFSFJ zu stellen – wegen der Haushaltsnöte mit ungewissem Erfolg.

In diesem Antrag spielt die Übernahme der Erfahrungen mit Coaching aus anderen Bereichen für die intensive Arbeit mit Eltern und Familien eine besonders innovative Rolle.

Aus diesen und weiteren Erfahrungen ergeben sich folgende zukünftige Anforderungen:

- eine systematische wissenschaftliche Begleitung und Auswertung erfolgreicher Ansätze,
- der Aufbau überregionaler und bundesweiter Netzwerke,
- ein strukturierter Erfahrungs- und Wissenstransfer,
- Beratungsangebote für interessierte Kommunen, Träger, Jugendämter und Stiftungen sowie
- die kontinuierliche fachliche Weiterqualifizierung der beteiligten Akteure.

Die Digitalisierung eröffnet hierbei neue Möglichkeiten für Vernetzung, Wissenstransfer, Beratung und Qualifizierung. Diese Möglichkeiten sollten systematisch geprüft und genutzt werden.

Auf Bundesebene spielt eine langfristig ausgerichtete Kinder- und Jugendpolitik heute eine deutlich geringere Rolle als in den ersten Jahrzehnten nach Gründung der Bundesrepublik. Dies gilt auch für die Parteien und ihre Jugendorganisationen.

Auch das für Jugend zuständige Bundesministerium hat seit der Wiedervereinigung schrittweise an politischem Gewicht verloren. Eine gewisse Veränderung brachte die Eingliederung der Bildungsabteilung aus dem früheren BMBF in das BMBFSFJ nach der Regierungsbildung 2025. Diese Entwicklung hängt nicht allein mit der vorrangigen Zuständigkeit der Kommunen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilferechts zusammen. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden: Jugend ist Zukunft!

Die dramatische finanzielle Situation vieler Kommunen (laut der kommunalen Spitzenverbände 30 Mrd. Euro Defizit pro Jahr) führt bereits heute zu erheblichen Einschränkungen bei Angeboten, die nicht zu den gesetzlich verpflichtenden Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe zählen.

Eine vom Deutschen Bundestag ausgehende Offensive könnte mit zunächst überschaubaren Mitteln neue Bewegung in den Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut sowie in die Weiterentwicklung neuer Wege der Kinder- und Jugendarbeit bringen.

Eine solche Offensive wäre mittel- und langfristig ein Gewinn für die betroffenen jungen Menschen, für den Staat, für die Wirtschaft und für die Gesellschaft insgesamt – also eine win-win-Situation!

Berlin im August 2026

Dipl.-Pol. Uwe Wienholz

Golden Mentor der WERTESTARTER-Stiftung

Nachtrag zum Plädoyer
Nach vier Wochen und drei Landtagswahlen, Ende September 2026

Nach Abfassen meines Plädoyers am 28. August 2026 hat die Süddeutsche Zeitung ein Essay veröffentlicht: „Wenn Kinder die Zukunft des Landes sein sollen, brauchen sie eine Zukunft im Land“ (Felix Hütten).

… „Es muss endlich eine konsequente Politik für alle bereits geborenen Kinder geben. Um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu sichern, gilt es, ab sofort in ihre Entwicklung zu investieren: Bildung, Gesundheit und Teilhabe lautet der Dreiklang, damit aus den Kindern von heute tragfähige Erwachsene von morgen werden.
Jeder Euro, der dafür investiert wird, ist mehr als sozialpolitische Fürsorge. Er sichert die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Landes. Die Renditechancen dieser Investition könnten kaum besser sein.“

Der Vorsitzende der Jungen Union und Bundestagsabgeordnete Johannes Winkel hat in die politische Debatte dafür den Begriff einer „enkelfähigen Politik“ eingeführt.

Drei Ereignisse der letzten vier Wochen sind es, die die Dringlichkeit engagierten Handelns verlangen:

1. Die drei Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin und die Ergebnisse für die Altersgruppe 16-34-jährigen.
2. Die neue PISA-Studie 2025 und dazu das FAZ-Interview des Bildungsforschers und Verantwortlichen OECD-Direktors Andreas Schleicher.
3. Die Haushaltsdebatte über den Bundeshaushalt 2027 insgesamt, über den Einzelplan 17 für das BMBFSFJ und die Rede von Frau Bundesministerin Prien.

Zu 1:
Die Altersgruppe der 16-34-jährigen ist den Regierungsparteien zumindest in Ostdeutschland zurzeit weitgehend verlorengegangen. Es gibt wenig Zweifel, dass eine der wesentlichsten Ursachen dafür der geringe Stellenwert der Politik für Kinder, Jugend und Eltern in den letzten Jahren ist.
Die FAZ kommentiert diese Entwicklung im Wirtschaftsteil: „Die verlorene Jugend“ (FAZ 12.09.2026). Es gibt genügend Hinweise, dass diese Entwicklung auch in allen anderen Teilen Deutschlands mit gewissen regionalen Differenzen stattgefunden hat.
Übrigens verlieren die Regierungsparteien mit Werten um die 5% in dieser Altersgruppe der 16-34-jährigen auch ihren Anspruch als Volksparteien, und die neue Gerechtigkeitsdiskussion sollte die Generationsgerechtigkeit nicht vergessen.

Zu 2:
Auch wenn die negativen Ergebnisse der PISA-Studie 2025 von vielen Experten in etwa

erwartet worden waren, bleiben sie demografisch-finanziell gesehen eine Katastrophe. Denn wenn ein Drittel der 15-jährigen nur noch mangelhafte oder sogar ungenügende Leistungen im Lesen, Rechnen und in den Naturwissenschaften erbringen, haben die heute 15-jährigen damit nur noch geringe Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Das heißt aktuell für die Jahrgänge 2009-2013, also etwa eine Millionen junger Menschen, dass sie mit wenig Perspektiven und Chancen ins Erwachsenenleben gehen. In diesen Zahlen finden sich dann auch die Zahlen der 20% von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen wieder.
Zum Beispiel ist dann der wichtige Übergang von Schule zum Beruf trotz aller Bemühungen der Bundesagentur für Arbeit mit berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen, die sehr kostenintensiv sind, nur für wenige erfolgreich.
Das schon heutige Ergebnis:
Nach Prof. Kai Maaz, DIPF, sind zurzeit 10% der jungen Menschen im Alter zwischen 20 und 24 weder in Ausbildung noch in einem Beschäftigungsverhältnis und das mit steigender Tendenz.

Bei einer weitergehenden Bewertung der Ergebnisse der PISA-Studie 2025 muss allerdings berücksichtigt werden, dass diese Studie ihren Schwerpunkt auf kognitive Kompetenzen legt. Andere Bereiche, wie z. B. die mentale Gesundheit oder der gesamte Bereich der elterlichen Erziehung sind von der PISA-Studie nicht erfasst.
Zur Verbesserung der katastrophalen Ergebnisse der Studie gibt Andreas Schleicher, der zuständige OECD-Direktor und Bildungsforscher, in einem FAZ-Interview (09.09.2026) zwei interessante Hinweise:
Die Entwicklung in den sozialschwierigen Regionen der Türkei einerseits und einen spannenden Weg von erfolgreichen Bildungsinnovationen in einzelnen Regionen China andererseits. „Wenn sie als Schule in China eine besondere pädagogische Idee verwirklichen möchten, fragen sie im Ministerium an und bekommen oft ein kleines Budget. Am Ende des Jahres, wenn ihr Konzept sich als gut erwiesen hat, gibt das Ministerium ihnen die Möglichkeit zu zeigen, ob die Idee auch an zehn anderen Schulen funktioniert. Und so verbreitet sich eine gute Idee rasant.“ (Hervorhebung der Verfasser)

Zu 3:
Die Haushaltsdebatte über den Bundeshaushalt 2027 war zumindest in der Wahrnehmung der Medien primär geprägt durch den Sozialbereich, dort vor allem durch Auseinandersetzung über die Interessenlagen der älteren Generation, vor allem Rentenfinanzierung und Altenpflegefinanzierung. Wir sind in Deutschland sicher nicht auf dem Weg in eine Gerontokratie, aber es ist schon bemerkenswert, mit welch einer Intensität einerseits über die Fragen der älteren Generation gestritten wird, und mit welch einer Selbstverständlichkeit 2- und 3-stellige Milliardenausgaben akzeptiert werden, während andererseits im Kinder- und Jugendbereich – also für die Zukunft unseres Landes – nur um 2- oder 3-stellige Millionenbeträge gerungen wird.

Frau Bundesministerin Prien machte bei der Einbringung ihres Haushalts keinen Hehl daraus, dass dieser Haushaltsentwurf der Kabinettsdisziplin geschuldet ist. Ihre Strategie ist deutlich erkennbar: Über Bildungsketten die negative Bildungsentwicklung umzukehren und dabei die Arbeit in den Kitas an den Beginn dieser Entwicklung zu stellen. Das neue „Startchancen- und Qualitätsentwicklungsgesetz“ steht folgerichtig im Mittelpunkt ihres Haushalts. Die erwarteten positiven Ergebnisse werden allerdings erst in einigen Jahren erkennbar werden. Sehr vage bleiben vor allem auch die in diesem Gesetz flankierenden erforderlichen Bereiche und deren Finanzierung. „Wir wollen die Eltern als die ersten und wichtigsten Bildungsbegleiter ihrer Kinder stärken.“ Aber wie?

Besonders betroffen machen zwei gravierende Defizite im Haushaltsansatz des Kinder- und Jugendministeriums:

A) Die Amtsvorgängerin (und heute amtierende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags) hatte noch vor zwei Jahren für den Kampf gegen Kinderarmut sechs Milliarden Euro gefordert – und nicht erhalten. Im Koalitionsvertrag 2025 zwischen der Union und der SPD stellen die beiden Regierungsparteien fest, dass 20% der Kinder und Jugendlichen von Armut betroffen sind. Im Haushalt des Ministeriums und folgerichtig in der Rede der Ministerin kommt die Kinder- und Jugendarmut allerdings nicht vor. Das ist bitter!
B) Auch die akuten negativen Ergebnisse der PISA-Studie spielten in der Debatte des Deutschen Bundestags schon eine Rolle. Allerdings ist aus der Rede der Ministerin nicht erkennbar, dass die Absicht besteht, den fast eine Millionen Jugendlichen der Jahrgänge 2009-2013, die aktuell und direkt von den Bildungsmängeln betroffen sind, mehr Hoffnung, mehr Perspektiven und mehr Chancen anzubieten. Hier fehlt wohl eine politische Strategie der Bundesregierung.

Es ist zu hoffen, dass in den ausstehenden weiteren Lesungen, spätestens in der Bereinigungssitzung, die Regierungsfraktionen dem Ministerium wenigstens Einstiegsmöglichkeiten und Innovations- und Experimentiermöglichkeiten finanziell bewilligen. Der Kampf gegen Kinder- und Jugendarmut und gegen Hoffnungslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Chancenlosigkeit, der jetzt von der Bildungsmisere direkt betroffenen Jahrgängen sollte vor allem wegen unser aller Zukunftsperspektiven auch finanziell und ideell intensiviert werden.

Berlin im September 2026
Dipl.-Pol. Uwe Wienholz